

---

# Wir sind ein Volk – was heißt das?

Richard Schröder

*Sind wir ein Volk?*

In den letzten beiden Jahren sind einige Bücher erschienen, welche die deutsche Einheit für misslungen oder gar gescheitert erklären.<sup>1</sup> Deshalb frage ich zuerst:

Sind wir ein Volk?

Der Anlass für solche Thesen ist die Unzufriedenheit mit den derzeitigen deutschen Verhältnissen, die unbefriedigende wirtschaftliche Lage und die der öffentlichen Haushalte, der Reformstau und die andauernd hohen Transferleistungen von West nach Ost. Und daraus folgert man: die deutsche Einheit sei gescheitert. Nicht selten gibt man sich dabei den Nimbus eines Märtyrers der Wahrheit, der gegen eine Mauer des Schweigens und gegen ein gehütetes Tabu heldenhaft anrennt.

Was soll denn aus dieser Feststellung folgen, wenn sie denn stimmte? Rückgängig gemacht werden kann sie ja wohl nicht. Manchmal führt hier wohl auch die Lust am Scheitern die Feder und manchmal auch eine Westnostalgie. Wie war es doch so schön, als uns die Mauer noch von der östlichen Armut trennte. Man muss ein gehöriges Stück Verachtung der Freiheit aufbringen, um so zu denken. Aber bitte: Wir können ja das Gedankenexperiment ausprobieren. Wäre es 1990 nicht zur deutschen Einheit gekommen, wäre das Billiglohngebiet, das heute die östlichen Nachbarn bilden, um die DDR vergrößert worden und hätte westdeutsche Arbeitsplätze weggezogen. Aus diesem Billiglohngebiet wären nicht weniger, sondern

mehr Ostdeutsche in den Westen gezogen und hätten die westlichen Sozialsysteme mächtig belastet, weil der Westen damals nicht an Arbeitskräftemangel litt. Außerdem hatte sich in Westdeutschland bereits 1990 ein Reformbedarf angesammelt, der nichts mit der deutschen Einheit zu tun hatte. Weder das demographische Problem noch die Globalisierungsfolgen sind einigungsbedingt. Es ist eher umgekehrt: die Einigungseuphorie und der anfängliche Einigungsboom haben die bestehenden Probleme verdeckt. Der Zusammenbruch der sozialistischen Welt hat ein – im Kern berechtigtes – Überlegenheitsgefühl befördert, das blind gemacht hat für den Reformbedarf.

Nach welchen Maßstäben können wir den Stand der deutschen Einheit plausibel beurteilen? Ein Italiener hat im Jahr 2000 gesagt, die deutsche Einheit sei weiter fortgeschritten als die italienische. Ich füge hinzu: auch weiter fortgeschritten als die belgische. Es gibt in Spanien, auf Korsika und anderswo in Europa separatistische Tendenzen, bloß nicht in Deutschland. Nicht einmal die PDS verlangt die Wiederherstellung der DDR. In der Bundestagsfraktion der Linkspartei, wie die PDS nun heißt, finden sich mehr Westdeutsche als Ostdeutsche.

Dass die These von der gescheiterten deutschen Einheit substanzlos ist, konnte man daran erkennen, dass nach den Ost-West-Querelen während des Wahlkampfes die öffentliche Meinung umschlug, als eine Ostdeutsche Kanzlerin und ein Ostdeutscher SPD-Vorsitzender wurde.

Es gibt nach wie vor eine beachtliche Abwanderung Ostdeutscher in den florierenden Süden. Das ist eine Folge der wirtschaftlichen Schwäche des Ostens und insofern zu bedauern. Aber diese Ostdeutschen haben in ihrem neuen Umfeld keine Integrationsprobleme. Dasselbe gilt von Westdeutschen, die dauerhaft in den Osten gehen. Die gibt es nämlich auch. Von 2001 bis 2003 sind 862.000 Ostdeutsche in den Westen, aber 715.000 Westdeutsche in den Os-

ten übergesiedelt. Diejenigen, die von zwei Gesellschaften in einem Staat reden oder von unüberbrückbaren mentalen oder ideologischen Unterschieden zwischen Ost und West, setzen irrealer Maßstäbe der Einheitlichkeit voraus, irreal sowohl im europäischen Maßstab als auch nach dem Maßstab der deutschen Geschichte. Denn Deutschland war schon immer von großen Unterschieden geprägt, nämlich Nord-Süd-Unterschieden, aber auch durch einen Ost-West-Unterschied, der durch die Industrialisierung verstärkt wurde. Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Berlin gehörten nach dieser Gliederung zum Westen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg aber zu „Ostelbien“.

Als das sowjetische Imperium zerbrach, haben Tschechen und Slowaken die neue Freiheit sogleich dafür gebraucht, sich zu trennen. Auch die Sowjetunion zerfiel, und Jugoslawien versank im Bürgerkrieg. Wir dagegen haben uns vereinigt.

Aber, werden die Kritiker der deutschen Einheit einwenden, es kann doch nicht bestritten werden, dass Ostdeutschland weiterhin eine Problemzone ist, die den Gesamtstaat belastet. Folglich muss Entscheidendes falsch gelaufen sein. Oder, so die schärfere These: wir passen eben nicht zusammen.

In Wahrheit sind seit 1989 in Ostdeutschland vier Prozesse abgelaufen, und nur einer davon ist (1) der Einigungsprozess.

(2) Die Beendigung von vierzig Jahren Diktatur war eine Revolution, nämlich der Zusammenbruch eines Herrschaftssystems zusammen mit seiner Legitimation. Sie hat allererst den Weg zur deutschen Einheit eröffnet. Das hatte notwendig einen Elitenwechsel zur Folge. In der Tat traten nun politische „Laienspieler“ auf die Bühne, wie manche etwas zu gehässig gesagt haben. Allerdings waren die bisherigen Profis nunmehr Profis fürs Falsche. Auf Demokratie und Marktwirtschaft verstanden sie sich nicht.

(3) Mit dieser Revolution war die Aufgabe der Transformation gestellt, nämlich von der Diktatur zur Demokratie und von der zentralistischen Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft. Das hat eine enorme Umstellungsleistung für jeden Einzelnen erfordert und schwierige Auseinandersetzungen heraufbeschworen, namentlich um das Stasi-Problem und die Eigentumsfragen.

(4) Es musste ein technologischer Rückstand von ca. 20 Jahren aufgeholt werden, wie er augenfällig war am Vergleich von Trabant und Golf.

Für den Prozess der deutschen Einigung gab es einen Vorläufer, den Beitritt des Saarlands zur Bundesrepublik. Der Vergleich bringt aber nicht viel, weil dieser ohne die drei anderen Prozesse erfolgte. Für diese drei Prozesse gab es keine Vorläufer, aber sozusagen Mitläufer, nämlich die anderen ehemals sozialistischen Staaten, die dieselben Prozesse durchlaufen müssen, allerdings ohne Vereinigung mit einem westlichen Land. Deshalb bringt der Vergleich auch hier nicht so sehr viel. Es ist aber unstrittig, dass der Ausbau der Infrastruktur und der Lebensstandard in Ostdeutschland sehr viel weiter gediehen sind als in den anderen östlichen Ländern. Und den Ostdeutschen blieb die Inflation mit Altersarmut und Verlust aller Sparguthaben erspart, durch die jene Staaten ihre Staatsverschuldung abgebaut haben. In all diesen Ländern gibt es starke postkommunistische Parteien, ein starkes Wechselwählerverhalten und Politikverdrossenheit. Vieles also, das Westdeutschen als typisch ostdeutsch erscheint, ist in Wahrheit typisch posttotalitär.

Die übliche Kritik am Einigungsprozess behauptet: die Vereinigung sei zu schnell erfolgt, die Währungsunion zu früh gekommen und der Umtauschkurs falsch gewesen. Die Pointe ist jedes Mal: und wäre all das „richtig“ gemacht worden, wäre die Einigung nicht so teuer geworden und der Osten hätte das Ziel eines selbsttragenden Aufschwungs erreicht.

Sicherlich hätte man vieles auch anders regeln können. Dass es einen schmerzfreien Königsweg gegeben hätte, lässt sich aber widerlegen. Denn die Kritiker übersehen zumeist einiges.

(1) Bei freiem Verkehr von Personen, Geld und Waren war ein separates Währungsgebiet Ost auf Dauer nicht zu halten. Niemand war bereit, entlang der innerdeutschen Grenze erneut Kontrollen einzuführen. Das wäre ja tatsächlich Frevel an der Freiheit gewesen. Aber dann konnte eine Währungsgrenze auch nicht die Funktion erfüllen, die sie für unsere östlichen Nachbarländer bis zum EU-Beitritt erfüllen konnte: die eigene Warenproduktion durch Einfuhrzölle schützen.

(2) 1990 war die DDR ein Staat in Auflösung, dessen Institutionen nicht mehr die Kraft und die Autorität zu durchgreifenden Wirtschaftsreformen hatten.

(3) Auch ohne Währungsunion wäre die DDR-Wirtschaft in größte Schwierigkeiten geraten. Denn der RGW hatte Anfang 1990 beschlossen, den internen Handel auf Devisen umzustellen. Die Ungarn hatten also zwischen ostdeutschen Produkten und westdeutschen die Wahl. Die Sowjetunion hatte 1990 gefordert, dass Deutschland die Exportverträge der DDR übernimmt. Bald darauf wurde Russland zahlungsunfähig.

(4) Ohne Währungsunion wäre die DDR noch 1990 zahlungsunfähig geworden, nämlich in Devisen. Das ergibt sich aus dem Geheimgutachten vom 31. Oktober 1989, das die wichtigsten Wirtschaftsplaner für Egon Krenz verfertigt hatten.

Was den Umtauschkurs betrifft, so sei nur darauf verwiesen, dass der durchschnittliche Facharbeiterlohn in der DDR, 1:1 gerechnet, 48 % des westdeutschen ausmachte. Bei einem Umtauschkurs von 1:4 wäre er auf 12 % gesunken, d. h. weit unter Sozialhilfeniveau. Bezieht man alle Einkommensgruppen ein, betrug das Durchschnittseinkommen nur 30 % des westlichen.

Übrigens wird die verdeckte Arbeitslosigkeit in der DDR auf 16 % geschätzt. Das sind jene Arbeitsverhältnisse, die aufrechterhalten wurden, weil es keine Arbeitslosigkeit geben sollte, die aber ökonomisch sinnlos waren.

Ich ziehe aus all dem die Konsequenz: der Transformationsprozess verläuft in allen betroffenen Ländern sehr viel schwieriger als erwartet. Oder: die Hinterlassenschaften des Sozialismus sind viel schwerer zu beseitigen als angenommen.

Die Kritiker des Einigungsprozesses blenden zumeist die außenpolitischen Aspekte aus. Die deutsche Vereinigung, die ja nur mit Einverständnis der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs (Zwei-plus-Vier) möglich war, hat die deutsche Frage endgültig gelöst, damit einen europäischen Unsicherheitsfaktor aus der Welt geschafft und den Zweiten Weltkrieg völkerrechtlich beendet. Sie hat Deutschland die gleichberechtigte Rückkehr in die Völkergemeinschaft gebracht, ohne die europäische Einigung zu gefährden. Sie hat sie – nämlich die Osterweiterung der Europäischen Union – eher gefördert. Und erstmals in seiner Geschichte lebt Deutschland in allseits anerkannten Grenzen.

Gewiss gab es auch unstrittige Fehler im deutschen Einigungsprozess. Es gab aber keine Alternativen ohne Schmerzen, jedenfalls keine Alternative zur Vereinigung, schon deshalb nicht, weil sie 1990 die Mehrheit der Ostdeutschen und der Westdeutschen wollte.

Ich frage zweitens:

*Warum sollen wir uns als ein Volk oder eine Nation verstehen?*

Warum genügt es nicht, vom deutschen Staat und der deutschen Gesellschaft zu sprechen?

Unter Gesellschaft verstehen wir die Gesamtheit der

Wirkungszusammenhänge und Interaktionen zusammenlebender Menschen, also einen anonymen Wirkungszusammenhang. Die Gesellschaft ist ein Neutrum, sie hat keinen Willen. Sie wirkt nur, nämlich auf alle ihre Mitglieder, aber sie handelt nicht. Gesellschaftliche Veränderungen vollziehen sich deshalb stetig, allmählich und zumeist zunächst unbemerkt, jedenfalls nie als Beschluss. Weil die Gesellschaft kein Subjekt ist, gibt es auch keine Verantwortung der Gesellschaft, wohl aber eine Verantwortung für die Gesellschaft. Man kann die Gesellschaft nicht anreden, weil sie kein „Wir“ ist. Der Satz „Ich bin ein gesellschaftliches Wesen“ sagt nicht, wer ich bin, er bezeichnet keine Rolle, die ich zu spielen habe, er verpflichtet zu nichts und bindet an nichts, sondern besagt nur, dass ich bei allen Rollen, die ich spiele, abhängig bin von den gesellschaftlichen Bedingungen. Es ist offensichtlich sinnlos, von einer gesellschaftlichen Identität zu sprechen.

Die Perspektive „Gesellschaft“ ist trotzdem notwendig, dort nämlich, wo es darum geht, gesellschaftliche Missstände aufzudecken und zu erklären. Behoben sind sie damit noch keineswegs. Dafür muss ein Wille formuliert und in die Tat umgesetzt werden. „Gesellschaft“ bezeichnet bloß eine diagnostische, aber keine therapeutische Ebene.

Wo die Perspektive „Gesellschaft“ allein herrschend wird, besteht die Gefahr einer mechanistischen und technizistischen Außenperspektive des Gesellschaftsingenieurs auf das menschliche Zusammenleben, die Tilgung der Dimension der intersubjektiven Verständigung, die sich ja nur in einem „Wir“ vollziehen kann. Auf der Ebene der Gesellschaft kommt nur ein weltloser Individualismus und ein abstrakter Universalismus in den Blick. Und übrigens, wenn man bestimmte geläufige Floskeln sammelt, gewinnt man den Eindruck: „Gesellschaft“, das sind immer die anderen.

Unter Staat verstehen wir eine Herrschaftsordnung, die

als Grundrechts- und Verfassungsstaat die Freiheitsrechte der Bürger garantiert und diejenigen Regeln und Institutionen vorgibt, nach denen die Bürger oder das Staatsvolk seine Souveränität ausübt, einen gemeinsamen Willen formuliert und selbst oder durch Beauftragte handeln kann. Trotzdem können wir nicht ernsthaft die alte sozialistische Losung ausgraben: „Der Staat sind wir“. Oder: was sind wir Deutschen? Ein Staat. Das wäre heute genauso absurd wie damals. Wir sind kein Staat, wir haben einen Staat. Auch der Staat ist kein „Wir“.

Unter Nation oder Volk verstehen wir jedenfalls eine Gruppe von Menschen, die sich als zusammengehörig weiß. Ein Volk hat den Charakter einer Wir-Identität. Was dieses „Wir“ verbindet, sind die gemeinsamen Verstehensbedingungen der Sprache, der Kultur, einer gemeinsamen Geschichte. Und dies erst macht ein Land zur Heimat. Die gemeinsame Geschichte ist übrigens keine ein für allemal fixe Größe, obwohl die Tatsachen immer dieselben bleiben. Aber wie bei einer Wanderung der Rückblick dieselbe durchwanderte Gegend jeweils in anderer Perspektive zeigt, so auch die deutsche Geschichte. Im Osten hat das Ende der DDR für jeden spürbar die Perspektive auch auf die Geschichte der DDR fundamental verändert. Im Westen ist bei vielen noch nicht angekommen, dass sich auch für sie seit 1990 die Perspektive fundamental verändert hat. Diese Veränderungen haben auch bewirkt, dass es nun einfacher geworden ist, vom deutschen Volk und von der deutschen Nation, auch von Deutschland zu reden, und zwar aus folgenden Gründen.

(1) Seit dem 3. Oktober 1990 gibt es wieder einen deutschen Nationalstaat. Nationen ohne Staat und geteilte Nationen schaffen Probleme, sich und anderen. Diese sind wir nun glücklich los.

(2) Deutschland in den Grenzen des 3. Oktober 1990 ist das ganze Deutschland, und dieses hat nunmehr sein Ver-

hältnis zu allen seinen Nachbarn vertraglich geregelt. Es stört niemanden mehr, wenn die Deutschen sich als Deutsche bezeichnen und von Deutschland reden, weil Deutschland auf den Fußboden zurückgekehrt und nicht mehr eine luftige Größe ist im Reich der Wünsche, Hoffnungen und Ansprüche, die mit anderen Wünschen, Hoffnungen, Ansprüchen und Befürchtungen kollidieren könnte, wie dies der Fall war, solange die Folgeprobleme des Zweiten Weltkriegs nicht völkerrechtlich in Ordnung gebracht waren. Eher könnte es nun das Zusammenleben der Völker stören, wenn die Deutschen sich weiterhin weigern würden, ein Volk unter Völkern zu sein, weil sie schon wieder ganz etwas Besonderes sein wollen, z. B. eine postnationale Gesellschaft, bestehend aus Europäern oder auch bloß aus Menschen, die bloß Menschen sein wollen, sonst nichts.

Nach Ernest Renan ist eine Nation durch zwei Momente bestimmt: durch gemeinsame Erinnerung und durch den Wunsch, ein gemeinsames Leben zu gestalten. Das Wissen von einer gemeinsamen Herkunft und der Wille zu einer gemeinsamen Zukunft definieren demnach ein Volk oder eine Nation. Auch Nationen sind keine ewigen Gebilde. Hätten die beiden deutschen Staaten weitere zehn oder zwanzig Jahre nebeneinander existiert, wäre vielleicht der Wille zu einem gemeinsamen Leben tatsächlich erloschen. Und möglicherweise gibt es in hundert oder zweihundert Jahren in Europa keine Nationen mehr. Aber das alles ist nicht unser Problem.

Nationen haben den Charakter einer Wir-Identität. Wir können sie näher charakterisieren durch Unterscheidung von anderen Wir-Identitäten. „Wir Christen“ etwa sind verbunden durch die Gemeinsamkeit unseres Glaubens und unserer Überzeugungen. „Wir Frauen“ sind verbunden durch vergleichbare spezifische Erfahrungen. „Wir Ärzte“ sind verbunden durch dieselben Probleme und Aufgaben. Das sind grenzüberschreitende Wir-Identitäten, die übrigens

auch spezifische Solidaritäten stiften können. Aber diese „Wir“ leben nicht zusammen.

Von ihnen unterscheidet sich die Nation dadurch, dass sie nicht grenzüberschreitend, sondern begrenzend ist. Dieses „Wir“ füllt einen gemeinsamen geographischen Raum aus. Und sie kann, wenn sie verfasst ist, einen Willen artikulieren und handeln.

Aber auch in dieser Hinsicht ist die Nation nicht das einzige „Wir“, in dem wir leben. Bundespräsident Herzog hat einmal gesagt: „Der Nationalstaat ist dabei, zu klein zu werden für die großen Probleme, und mitunter habe ich auch den Eindruck, dass er zu groß wird für die kleinen Probleme des Lebens.“ Es scheint mir ein sehr fruchtbarer Ansatz zu sein, die Nation durch die Probleme oder Aufgaben zu definieren, die sie zu lösen hat.

Denn einer der Gründe für die Entstehung des Nationalwahns, wie Herder das nannte, war ja das Verständnis der Nationen als absolut souveräner Subjekte, die sich dauernd zu konkurrierenden und sich bekriegenden Konstellationen gruppierten und von ihren Gegnern her definierten. Dieses Verständnis von Nation ahmt die Verfassung eines autonomen Subjekts nach und ermöglichte jene Übersteigerung des Nationalen, die den Nationalismus geradezu zu einer Ersatzreligion werden ließ, für die heilige Kriege geführt werden mussten.

Gegen dieses Verständnis von Subjektivität hat Georg Picht einmal eingewandt, so könne nie begriffen werden, was eigentlich Verantwortung ist. Entsprechend sei ja auch die Freiheit von Verantwortung das fatale Grundprinzip unserer Zivilisation. Picht setzt dagegen: Nicht das Subjekt konstituiert die Aufgaben, sondern die Aufgaben konstituieren das Subjekt. Mein Kind definiert mich zum Vater. Daraus ergeben sich Pflichten oder Aufgaben, und sich diesen zu stellen, hat gar nichts mit Fremdbestimmung, aber sehr viel mit Freiheit und Würde zu tun.

Was wir als deutsche Nation sind, muss dann entsprechend durch diejenigen Aufgaben definiert werden, die sich für dieses und nur für dieses „Wir“ stellen und die nur von ihm gelöst werden können. Andere Aufgaben verlangen nach einem größeren „Wir“, wir Europäer oder wir Menschen; andere lösen sich besser im kleineren „Wir“ der Region oder der Kommune. Wir können diese „Wir“ als konzentrische Kreise einander zuordnen.

Die Aufgaben, die wir nur bewältigen können, wenn wir uns als die deutsche Nation verstehen, sind vor allem folgende.

1. Wir können die Lasten des Einigungsprozesses nur verstehen, wenn wir uns einer Geschichte erinnern, die weiter zurückreicht als unsere individuellen Biographien. Denn die Einigungskosten sind verspätete Kriegsfolgelasten, die wir gemeinsam und gerecht abzutragen haben. Diese Wahrheit entlastet die Ostdeutschen von der Demütigung, dauernd die Beschenkten und nie dankbar genug zu sein, während sie das Gefühl nicht loswerden, sie seien wohl eher jedes mal wieder die Dummen, bei der Verteilung der Besatzungsmächte, bei der Eintreibung der Reparationen, bei der Installation des sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems und mit der Pleite der DDR schon wieder.

2. Nur wenn wir uns der Geschichte stellen, die weiter zurückreicht als unsere Biographie, können wir unser Verhältnis zu den anderen Völkern verstehen und verbessern, besonders zu denen, die unter unserem Volk so schwer zu leiden hatten. Die Nachkommen der Opfer sehen zu Recht in uns die Nachkommen der Täter, und wir müssen das berücksichtigen. Eine Mystifizierung Deutschlands zu einer metaphysischen Unheilsmacht ist dagegen nichts anderes als die Eitelkeit der Erwählung mit umgekehrtem Vorzeichen, die Feier der Verworfenheit. Aber Deutschland ist nichts Besonderes, weder so noch so, sondern bloß etwas

Bestimmtes. Übrigens: was Heinrich Heine in Frankreich in der Nacht um den Schlaf gebracht hat, war kein mysterium Germanicum, sondern – seine Mutter:

„Nach Deutschland lechzt'ich nicht so sehr,  
Wenn nicht die Mutter dorten wär.  
Das Vaterland wird nie verderben,  
Jedoch die alte Frau kann sterben.“

3. Gemeinsam schließlich haften wir für unseren Ruf als Deutsche. Unser Ruf ist das Echo unseres Tuns und Gehabes, wie es die anderen Völker uns zurückspiegeln. Gelegentlich packt mich ohnmächtige Wut darüber, dass diejenigen, die da laut grölen, sie seien stolz, Deutsche zu sein, unseren gemeinsamen Ruf in der Welt beschädigen durch feige Gewalt gegen Ausländer und Schwache. Im Übrigen ist unser Ruf im Ausland besser als unser Ruf bei uns. Im Ausland hält man die deutsche Einigung weithin für gelungen.

4. Es ist unsere Aufgabe, dass wir unsere gemeinsamen Angelegenheiten in Ordnung bringen. Und da ist ganz offensichtlich viel zu tun. 1990 gab es bei einigen unserer Nachbarn noch Ängste, ob das vereinigte Deutschland etwa für das europäische Gleichgewicht zu stark werde und womöglich wieder eigensinnig. Manche sprachen von der Gefahr eines Vierten Reiches. Inzwischen hat sich diese Besorgnis zerstreut. Geradezu umgekehrt hören wir heute: Wenn Ihr eure Probleme nicht löst, schadet das uns allen. Wir erwarten von Eurer Wirtschaft, dass sie ein Motor für Europa ist und kein Bremsklotz.

5. Schließlich ist es auch unsere Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass dieses „Wir“ weder ein Wir wird, das das Ich verschlingt, noch ein geschlossenes Wir wird, das sich sperrt gegen Zuwachs von außen, gegen Zuwanderungen und Anregungen. Es ist allerdings eine berechtigte Forderung an diejenigen, die zu uns kommen, dass sie nicht bloß zufällig oder bloß vorteilhaft hier ihren Aufenthalt

nehmen, sondern ernsthaft mit uns zusammenleben, zum „Wir“ dieser Nation hinzugehören wollen.

Bundestagspräsident Lammert hat erklärt, er möchte die Diskussion um die deutsche Leitkultur wieder aufnehmen. Ich halte die Wortschöpfung „Leitkultur“ nicht für gelungen. Aber den reflexartigen Widerspruch, mit dem sich namentlich grüne Politiker gegen die Rede von einer deutschen Kultur wenden, halte ich schlicht für albern.

Was heißt: „Ich bin Deutscher?“ Nichts Besonderes, aber etwas Bestimmtes. Wer behauptet, was unter deutscher Kultur zu verstehen sei, lasse sich nicht definieren, braucht doch nur zu beobachten, was Zuwanderer neben der deutschen Sprache noch kennen lernen müssen, um sich in diesem Lande zurecht zu finden. Das sind hiesige Üblichkeiten, aber auch die im Alltag präsente Geschichte. Dazu gehört auch all das, was Touristen hier sehen wollen, weil es das anderswo nicht zu sehen gibt.

Im Besonderen ist es absurd, die deutsche Kultur gegen die europäische auszuspielen. Sie ist schon immer in die europäische eingebettet gewesen. Jede unserer alten Gemäldegalerien, zeigt auch Meisterwerke der Italiener und Holländer, weil sie nämlich an Meisterwerken interessiert sind.

Ebenso wenig ist es gerechtfertigt, Demokratie und Menschenrechte als gesellschaftlichen Konsens gegen das Verbindende der deutschen Kultur auszuspielen. Wer sich nicht verständlich machen kann, kann auch seine Rechte nicht wahrnehmen. Und wer sich hier nicht zu Hause fühlt, kann auch nur schwer am gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

Zuletzt noch ein Wort zur deutschen Geschichte.

Lange Zeit haben sich die Deutschen wegen ihrer Geschichte vor 1871 bedauert, der Kleinstaaterei wegen, die es Deutschland verwehrt habe, mit England und Frankreich Schritt zu halten in der Machtentfaltung.

Auf der anderen Seite ist oft beklagt worden, dass die deutsche Geschichte keine gelungene Revolution kennt und nichts beizutragen gehabt habe zur Entwicklung der Demokratie.

Das alles kann man mit guten Gründen auch anders sehen.

1. Der viel gescholtenen Kleinstaaterei lassen sich heute auch positive Seiten abgewinnen.

- Die vielen kleinen und größeren Residenzen hatten die erfreuliche Folge, dass Deutschland nicht in eine riesige Metropole und eine verödete Provinz zerfällt.
- Unser Föderalismus ist zwar reformbedürftig, er muss sozusagen nachjustiert werden, aber das Prinzip hat Zukunft. Europas Zukunft kann schlechterdings kein Zentralstaat sein. Im übrigen ist der Bundesrat, also der Exekutiv-Föderalismus, die älteste Institution des Grundgesetzes, denn es setzt die Tradition des Reichstags des Heiligen Römischen Reiches fort, der übrigens auch schon ein Element der Gewaltenteilung war.
- Die Kleinstaaterei hatte zudem für Deutschland eine nicht intendierte Toleranzpraxis zur Folge. Wer sich in einem der Staaten unbeliebt gemacht hatte, konnte unter Umständen wenige Kilometer weiter willkommen sein. Als Christian Wolff vom preußischen Soldatenkönig aufgefordert wurde, bei Strafe des Strangs binnen 24 Stunden seine Staaten zu verlassen, wurde er von Bürgern und Studenten vom preußischen Halle aus ins sächsische Leipzig geleitet und setzte seine Lehrtätigkeit in Marburg fort.

Als Johann Gottlob Fichte im Gefolge des gegen ihn erhobenen Atheismusvorwurfs durch eigene Ungeschicklichkeit seinen Lehrstuhl in Jena verlor und der preußische König gefragt wurde, ob er sich in seinen Landen aufhalten dürfe, hat dieser das bejaht mit der Glosse: „zwar soll er Ärger mit dem lieben Gott haben, aber das möge dieser selbst

mit ihm abmachen.“ Die Reihe lässt sich lange fortsetzen. Ich erwähne nur noch Schillers Flucht aus Württemberg und die Göttinger Sieben, die gegen die Suspendierung der Hannoverschen Verfassung Widerspruch eingelegt hatten. Die deutsche Aufklärung und die deutsche Klassik konnten sich aufgrund dieser nicht intendierten Toleranz entfalten und haben ein die Grenzen überschreitendes deutsches Publikum ermöglicht, das trotz der Kleinstaaterei eine deutsche Kulturnation ermöglicht hat.

- Die unseligen Religionskriege, die im Gefolge der Reformation Europa heimgesucht hatten, sind in Deutschland nicht, wie etwa in Frankreich, durch die Niederschlagung und Vernichtung der einen Seite, der Hugenotten, beendet worden, sondern durch den erstaunlichen Kompromiss des Westfälischen Friedens, der die konfessionelle Verschiedenheit der Reichsstände akzeptierte, aber auch Regelungen traf für die jeweiligen Konfessionsfremden in den durchweg konfessionellen Staaten, wie den Hausgottesdienst, die Auswanderung ohne Eigentumsverlust und anderes mehr. Der Konfessionswechsel von Herrscherhäusern, denen die Bevölkerung nicht folgen musste, wie in Brandenburg und in Sachsen, haben Koexistenz weiter gefördert.

2. Tatsächlich haben die deutschen Länder wenig zur Entwicklung der modernen Demokratie beigetragen. Immerhin sollte das Paulskirchenparlament nicht vergessen werden. Aber Deutschland hat einiges beigetragen zur Entwicklung des Rechtsstaats und des Verfassungsstaats.

- Zwar ist es nur eine Legende, aber doch eine gut erfundene. Als Friedrich der Große dem Müller von Sanssouci mit Enteignung gedroht habe, als dieser ihm seine Mühle nicht verkaufen wollte, deren Klappern den König störte, habe der Müller geantwortet: Majestät, es gibt immer noch das Königliche Kammergericht. Das

von Friedrich dem Großen in Auftrag gegebene Allgemeine Preußische Landrecht war ein enormer Fortschritt in Richtung auf den modernen Rechtsstaat, geboren aus dem Geist der Aufklärung.

- Das durch den Reichsdeputationshauptschluss aufgelöste Heilige Römische Reich war zwar schließlich nur noch ein Mantel für die weitestgehend souveränen deutschen Länder. Auf der anderen Seite war es föderal verfasst und nicht absolutistisch. Und das Reichskammergericht war eine Instanz, bei der auch Landeskinder gegen ihren Landesherrn klagen konnten. Das war schwierig und langwierig. Nicht seine Effektivität, wohl aber die Symbolkraft seiner Existenz sind bemerkenswert.
- Schließlich haben im 19. Jahrhundert viele deutsche Länder den Weg zum Verfassungsstaat eingeschlagen und politische Reformen durchgeführt. Ich erinnere an die Reformen Preußens, nachdem es durch Napoleon vernichtend geschlagen war, und an das große Reformwerk in Sachsen ab 1830 durch von Lindenau, das im Ergebnis das preußische Reformwerk noch übertraf. Von Lindenau übrigens, inzwischen als königlich-sächsischer Minister zurückgetreten, wurde zum Abgeordneten in die Frankfurter Nationalversammlung gewählt. Die Reform „von oben“ wurde beantwortet mit einer demokratischen Wahl „von unten“. Auch das also gab es.

Es lässt sich noch sehr viel mehr ebenso Erfreuliches in der deutschen Geschichte entdecken. Man muss nicht lange suchen, man braucht sich nur von dem Vorurteil zu trennen, es gebe da nichts zu finden.

*Anmerkung*

<sup>1</sup> *Herles, Wolfgang*: Wir sind kein Volk, München u. a. 2004; *Müller, Uwe*: Supergau deutsche Einheit, Berlin 2005; *Bisky, Jens*: Die deutsche Frage. Warum die Einheit unser Land gefährdet, Berlin 2005; *Bahrmann, Hannes / Links, Christoph*: Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit – eine Zwischenbilanz, Berlin 2005.